

„15 Jahre Zentraler Runder Tisch in der DDR“

Debatte am 9. April 2005 im Bonhoefferhaus,
Hoffnungstaler Anstalten Lobetal, Bernau b. Berlin

Teilnehmer:

Oberkirchenrat Pastor Martin Ziegler (Anstaltsleiter in Lobetal von 1991 bis
1994),

Pastor Martin Lange,

Monsignore Dr. Karl Heinz Ducke

Moderatoren:

Dr. Dagmar Enkelmann, Vorsitzende der PDS-Fraktion im Landtag
Brandenburg,

Heinz Kurtzbach, Chefredakteur der Märkischen Oderzeitung

Einführung:

Pastor Dr. Johannes Feldmann, Vorsitzender des Vorstandes und
Anstaltsleiter Hoffnungstaler Anstalten Lobetal

Johannes Feldmann:

Wir sind im 100. Jahr Lobetals. Und wie es sich für eine ordentliche Einrichtung gehört, haben wir auch ein Motto: „Glaub-Würdig“. Es ist aus der Jahreslosung abgeleitet und wir wollen dieses Festjahr unter diesem Motto begehen. Wir haben schon einige Veranstaltungen gehabt.

„Glaub-Würdig“ - ich glaube, das wäre eine gute Überschrift für den „Runden Tisch“ gewesen und die Moderatoren, die an ihm gewirkt haben.

Ich wünsche uns eine gute, glaubwürdige Diskussion heute Nachmittag. Vielen Dank.

Dagmar Enkelmann:

Herzlichen Dank, Herr Dr. Feldmann, für die freundliche Begrüßung; herzlichen Dank auch, dass eine solche Veranstaltung heute hier im Bonhoefferhaus stattfinden kann. Dies ist so alltäglich nicht, weil es tatsächlich gelungen ist, die drei Moderatoren des „Zentralen Runden Tisches“ vor 15 Jahren heute hierher zu holen. Ich bedanke mich schon vorweg bei Ihnen dreien, dass Sie diese Gelegenheit genutzt haben und heute hier bereit sind, in der Gesprächsrunde Rede und Antwort zu stehen. Herzlichen Dank.

Am 5. April 1989, vor 15 Jahren, konstituierte sich die - wie wir jetzt wissen - letzte Volkskammer der DDR. Sie ging aus freien Wahlen am 18. März hervor. Diese Wahlen beendeten zugleich ein Kapitel in der Geschichte der DDR, das maßgeblich durch den „Zentralen Runden Tisch“ geprägt worden ist. Wir wollen heute bei dieser Veranstaltung an diesen „Zentralen Runden Tisch“ erinnern – aber nicht nur. Wir haben uns auch andere Themen vorgenommen.

Wir – das sind zuallererst die drei Moderatoren, die ich an dieser Stelle gern vorstelle: Zu meiner rechten Seite: Monsignore Dr. Karl Heinz Ducke. Herzlich willkommen. An seiner Seite: Oberkirchenrat Pastor Martin Ziegler sowie Pastor Martin Lange. Herzlich Willkommen in Lobetal.

Die Moderation haben dankenswerterweise übernommen: Heinz Kurtzbach, Chefredakteur der „Märkischen Oderzeitung“ und ich, Stadtverordnete in Bernau und Landtagsabgeordnete.

Während und nach dem Studium der Theologie haben Sie, Herr Ziegler, als Transportarbeiter gearbeitet, waren Pastor und Vikar im Merseburger Kirchenkreis, später Superintendent. Als Sie 1974 Direktor des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg wurden, gehörte auch Lobetal mit zu Ihrem Wirkungskreis.

Herr Ziegler, war die Kirche in der DDR mehr als ein historisches Bauwerk?

Martin Ziegler:

Was Sie mit historischem Bauwerk meinen, verstehe ich nicht so ganz.

Ich nehme an, was wir überkommen haben. Es war die überkommene Arbeit in den Gemeinden und die überkommene Arbeit auch in der Diakonie. Unmittelbar nach dem Krieg hatten die evangelischen Kirchen verhältnismäßig gute Voraussetzungen für ihre Arbeit. Sie galten in der sowjetischen Militäradministration, dank der Tätigkeit der bekennenden Kirche, als antifaschistische Institution. Sie wurde nicht enteignet. Sie behielten ihre Gebäude und Ländereien, auch ihre diakonischen Einrichtungen. Ihre Organisationsstruktur blieb im Großen und Ganzen erhalten. Sie verfügten über ein Netz von Organisationen über das ganze Land. Sie waren eine gesellschaftliche Kraft, die Mitverantwortung übernehmen konnte und wollte. In ihnen war freie und fruchtbare Arbeit möglich.

Ich habe meinen Dienst in der Kirche von Anfang bis zum Ruhestand gern und mit Freuden getan. Die Beschwerden, die es durch die Entwicklung in der DDR seit den 1950er Jahren gab, haben bei mir nie die Frage aufkommen lassen ob man die DDR nicht besser verlassen sollte. Es gab trotz aller Begrenzungen viele Arbeitsmöglichkeiten für die Kirche. Wir konnten Sie alle gar nicht ausschöpfen.

Heinz Kurtzbach:

Herr Ducke, die historische Entwicklung des Christentums in den deutschen Landstrichen wollte es, dass die Katholische Kirche in den Bereichen, in denen Sie dann wirksam waren - in den jetzigen neuen Ländern, der früheren DDR - weitgehend in der Diaspora wirkte, das Eichsfeld ausgenommen.

Die Rolle der Katholischen Kirche in diesem Staat war denn auch eine andere als die der Evangelischen, die sich als Kirche im Sozialismus verstanden hat. Wie waren Ihre Möglichkeiten, Ihren Glauben vor allem in der DDR zu verkünden, sich in der DDR auf den vielfältigsten Feldern, auf denen die Kirchen normalerweise tätig sind, zu engagieren? Mussten Sie harte Lobbyarbeit leisten oder haben Sie möglicherweise auch von den Arrangements, die die Evangelische Kirche mit dem Staat getroffen hat, profitiert?

Karl Heinz Ducke:

Die Katholische Kirche ist ja in nur ganz wenigen Teilen in den neuen Bundesländern eine Kirche, die älter ist als 100 Jahre. Ich bin Pfarrer in Jena. Wir feiern jetzt 100 Jahre Neugründung. So jung sind wir noch! Sieht man uns ja auch an! Erst mit der Industrialisierung waren die ersten Katholiken hierher gekommen, die sesshaft blieben. Ich habe eine unheimliche Hochachtung vor diesen ersten. Das waren Leute, die erst mal eine Schule gründeten, eine Kirche bauten und dann dem Bischof sagten: „Wir sind jetzt so und so viel, schick’ uns einen Pfarrer.“ Das waren Laiengründungen.

Ganz anders war die Situation nach 1945. Da kamen die Vertriebenen und die Flüchtlinge aus Schlesien oder dem Ermland - eine katholische Gegend - oder dem Sudetenland in Massen her. Aber sie kamen nicht freiwillig. Es dauerte unheimlich lange, bis man sagte, auf dieses Land ist unser Los gefallen. Der Durchzug war relativ groß in den 50er Jahren bis hin zum Mauerbau. Damals hatten wir unheimlich viele, die wieder weiter zogen nach dem Westen.

Das war die Situation: Eine gewisse Bodenhaftung, wie wir es bei der Evangelischen Kirche hatten, war bei uns in diesem Sinne nicht da. Wir hatten auch ein viel kleineres Erbe zu verwalten. Ich sage immer: „Unser kleines Kirchlein“.

Die gesamte Theologenausbildung fand nur in Erfurt statt und das erst ab 1952. Vorher gab es auf dem gesamten Gebiet der DDR keine Ausbildungsstätte wie üblicherweise in den Fakultäten der Universitäten. Das sind alles Neugründungen gewesen. Das verändert sicherlich auch die Wirksamkeit der Kirche. So hat es relativ lange gedauert, bis die staatlichen Stellen die Katholische Kirche wahrgenommen haben. Insofern können Sie sagen, wir standen ein bisschen im Windschatten der großen, der Evangelischen Kirche. Wir haben beispielsweise nicht die Störungen so gemerkt wie die Verfolgung der Junge Gemeinde in den 50er Jahren. Unsere Gruppen waren viel kleiner und auch deutlich nicht so bedeutsam.

Die Katholische Kirche hat aus meiner Sicht Wert darauf gelegt, dass eine strikte Trennung von Staat und Kirche stattgefunden hat. Ich war viele Jahre Leiter des Wissensseminars in Erfurt. Alle unsere Abschlüsse waren staatlich nicht anerkannt. Das machte große Probleme. Und wir durften nicht einmal nach Berlin, weil die Genehmigung für einen katholischen Priester für das Gebiet der DDR ergangen war – aber Berlin gehörte nicht zum Gebiet der DDR 1952.

Diese strikte Trennung hatte den Nachteil, dass auch unsere gesellschaftlichen Wirkmöglichkeiten geringer waren. Wir hatten nicht so viele Leute, die auch aktive Christen waren, an den Universitäten, in den Akademien oder wo auch immer. Ich habe die meisten dieser Menschen erst kennen gelernt in der Ökumenischen Versammlung „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Dort stellten wir das erste Mal auch fest, welche Potenz eigentlich in den vielen aktiven ökumenischen Laien steckt.

Politisch galt bei uns die strenge Regelung: Keiner verhandelt mit staatlichen Stellen, außer der Bischof mit dem Bezirk, und die Pfarrer melden alles dem Bischof. Im Nachgang muss ich Ihnen sagen, weil ich das jedes Semester den Theologen eingebläut habe: „Sag alles dem Pfarrer...“ Die Gefahr der Dekonspiration war so groß, dass wir ein bisschen Ruhe hatten. Man wagte sich nicht so richtig.

Dagmar Enkelmann:

Pastor Martin Lange hat als Kind die Bombenangriffe und die Zerstörung Dresdens miterleben müssen. Nach dem Studium bei der Methodistischen Kirche betreute er mehrere Gemeinden im Vogtland. Er kam dann nach Berlin-Oberschöneweide. Ein besonderes Feld der Arbeit von Herrn Lange war die Ökumenische Jugendarbeit. Herr Lange, was gehörte zur kirchlichen Jugendarbeit zu DDR-Zeiten?

Martin Lange:

Ich war Pastor der Evangelisch-Methodistischen Kirche und in dieser Funktion nicht nur in einer Gemeinde tätig, sondern auch Jugendpastor unserer Kirche in der DDR. Ich muss dazu sagen, dass wir uns immer als Teil einer weltweiten Kirche verstanden haben, auch von der Struktur her. Wir sind ein Teil der United Methodist Church. Das heißt, dass wir nicht nur für ein bestimmtes Land oder für ein bestimmtes Gebiet diese Arbeit organisiert haben.

Die ökumenische Jugendarbeit hat sich in den 60er und 70er Jahren sehr intensiv entwickelt - und zwar vor allem, weil wir sehr enge Kontakte zur Jugendarbeit der Evangelischen Landeskirchen hatten. Als der Bund der Evangelischen Kirchen 1969 gegründet wurde, stellte sich die Frage: Wie wollen wir diese Zusammenarbeit, die schon - auch auf der Ortsebene - bestand, weiterführen? Wir haben damals beschlossen, dass wir einen Ökumenischen Jugendrat in der DDR bilden. Dieser hatte modellhaften Charakter. Denn wir sind, was die Besetzung der einzelnen Aufgaben betraf, nicht nach der Größenordnung gegangen, sondern wir haben gesagt, es muss paritätisch durchgeführt werden in der Hinsicht, dass wir einander Anteil nehmen und geben - so wie das für die Arbeit der Ökumene wichtig ist. Im Ökumenischen Jugendrat waren dann fünf Vertreter - Jugendpfarrer - der Landeskirchen sowie fünf Vertreter der Freikirchen Mitglied, also auch der Baptisten und anderer.

Wir waren immer in der Situation, dass wir Minderheitenkirchen gewesen sind, und wir sind ähnlich jung wie die Katholische Kirche. Die Gemeinden deutschlandweit feiern zum großen Teil auch erst das Hundertjährige. Wir können uns ja noch streiten, wer nun wirklich jünger ist.

Aber auch daher hatten wir manche Probleme als Freikirchen nicht in der Weise wie die evangelischen Landeskirchen, weil wir immer schon die Trennung von Staat und Kirche sehr deutlich betont haben.

Ich denke, es war wichtig, dass wir in der Ökumenischen Jugendarbeit vor Ort in den einzelnen Landeskirchen mit den Partnern, oft auch mit den katholischen Jugendpfarrern, zusammengearbeitet haben. In der DDR war es notwendig, dass die jungen Leute zunächst einmal erfahren, wer gehört denn überhaupt zur Kirche? Denn in der Schule hat man nicht darüber gesprochen.

Führte man in einer Stadt beispielsweise einen ökumenischen Jugendabend durch, zu dem alle Gemeinden eingeladen waren, haben sich die Jugendlichen plötzlich entdeckt und merkten, dass auch andere zur Kirche gehören. Wir haben dann ökumenische Rüstzeiten durchgeführt und Schulungswochen, vor allem haben wir Themen der internationalen Ökumene aufgenommen.

Es war besonders wichtig, dass wir uns nicht nur mit unseren eigenen DDR-Problemen ständig befassten, sondern dass wir auch die Anregungen von außen aufgenommen haben. Man erwartete von uns wiederum, dass wir die Erfahrungen, die wir als Christen, auch als junge Christen, in einem sozialistischen Land machten, nun einbringen in das allgemeine internationale Gespräch. Hier waren wir ständig herausgefordert, und da gab es natürlich auch sehr unterschiedliche Meinungen in dieser Frage.

Heinz Kurtzbach:

Herr Pastor Ziegler, mich würde interessieren, ob die Evangelische Kirche in der DDR, die Kirche im Sozialismus, die ja ohne Zweifel sich ihre Freiräume auch im regelmäßigen ständigen Gespräch mit der Staatsführung der DDR erstritten hat, dennoch in ihrem ganzen Wirken erheblich eingeschränkt war? Bevor wir dann zur besonderen Rolle kommen, die die Kirchen 1989/90 und sie drei als Moderatoren den „Zentralen Runden Tisches“ spielten, will ich nochmals nach diesem generellen Wirken fragen: Wo waren sie denn dem Staat besonders genehm?

Wir sind hier in einer Einrichtung, die möglicherweise beispielhaft dafür ist, was die Staatsführung der DDR der Kirche gerne zugestanden hat. Es ist ohne Zweifel eine segensreiche Einrichtung. Ist es das Bemühen der Staatsführung der DDR gewesen, die Kirche möglichst darauf zu reduzieren? Ich weiß jetzt durch meine Arbeit in Frankfurt (Oder) und in Brandenburg, dass die Massenwirksamkeit der Evangelischen Kirche damals auf die Menschen in der DDR zwar nicht auf Null reduziert, aber gering war. Ich glaube, das darf ich so sagen.

Martin Ziegler:

Zwei Voraussetzungen für das Wirken der Evangelischen Kirche muss man sich vor Augen halten. Eins hatte die Evangelische Kirche: Sie hatte ein Netz über das ganze Gebiet der DDR. Und dieses Netz hatte trotz aller Verdünnung gehalten. Und sie war in keiner Weise wie die anderen gesellschaftlichen Organisationen eingebunden in das Raster der SED. Diese Freiheit hatte sie sich erhalten.

Zweitens: Sie vertrat immer die theologische Linie „Kirche für andere“. Das heißt: Wir haben auch eine gesellschaftliche Verantwortung - und die haben wir wahrzunehmen, selbst dann, wenn sie nicht gewünscht wird. Und an bestimmten Stellen und zu verschiedenen Zeiten war es mit den Einschränkungen für die Kirche auch unterschiedlich. Die DDR hat eine Geschichte gehabt und nicht zu allen Zeiten ging es gleich lang.

Im Jahr 1953 sollte Lobetal eingegliedert, wegrationalisiert werden als kirchliche Einrichtung. In den späteren Jahren fanden hier – das ist ja kein Geheimnis – die Besuche von Gerald Götting und die Gespräche mit der CDU statt. Und das waren sehr unterschiedliche Phasen.

Die Einschränkungen zeigten sich natürlich - genau wie hier schon berichtet worden ist - in der Zeit, als es gegen die Junge Gemeinde ging und hier Konfirmandenrüten stattfanden, die absolut nicht gern gesehen, sondern behindert wurden.

Die Behinderungen für die Kirche waren sonst die allgemeinen, die eine nicht eingegliederte Organisation hatte. Wir konnten zum Beispiel auch nach dem

berühmten Gespräch vom März 1978 keine neuen Kindergärten gründen, sondern es wurde die Zahl der Kindergärten, die die Kirche hatte, festgeschrieben. Das war schon ein Erfolg.

Die Dinge, die Jugendliche in der Schule erlebten, wurden mir noch einmal vor Augen geführt, als ich meine Stasi-Akte aus Merseburg einsehen konnte. Solche Dinge geschahen dann allerdings nicht in der Öffentlichkeit, sondern diese Behinderungen haben viele, viele christliche Familien erlebt.

Und dass wir nicht veröffentlichen konnten, was wir wollten - auch in den Kirchenzeitungen nicht -, dafür gibt es berühmte Beispiele. Das berühmteste ist, dass eine Nummer der „Kirche“ mit lauter weißen Flecken veröffentlicht wurde, um deutlich zu machen, hier hat die Zensur, die es ja offiziell nicht gab, eingegriffen. Uns gegenüber wurde uns dann „begründet“, die werktätigen Drucker hätten es nicht über sich gebracht, diese Zeitung vollständig zu drucken.

Mit solchen Sachen haben wir uns ewig herumzuschlagen gehabt. Aber: Wir waren der Überzeugung, wir haben eine gesellschaftliche Verantwortung und haben darum jede Möglichkeit - oder sagen wir vorsichtiger – viele Möglichkeiten genutzt, um uns gesellschaftlich zu äußern. Das war auch immer das Ziel der Verhandlungen mit dem Staatsapparat, mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, den Spielraum für diese Wirksamkeit möglichst immer zu erweitern.

Dagmar Enkelmann:

Gesellschaftliche Verantwortung haben Sie drei dann übernommen im Dezember 1989. Da standen Sie im Rampenlicht von Fernsehkameras und Fotoapparaten. Am 7. Dezember gab es die erste Verhandlung des „Zentralen Runden Tisches“ im Berliner Bonhoeffer-Haus. Dort haben insgesamt 3 Sitzungen des „Runden Tisches“ stattgefunden.

Sie haben gesellschaftliche Verantwortung übernommen – und trotzdem: War es nicht ungewöhnlich, dass Vertreter der Kirche zu Moderatoren einer politischen Debatte wurden?

Martin Ziegler:

Man muss genau wissen, wie das zustande gekommen war. Der Wunsch, dass die Kirchen moderierten, kam von sieben neuen Gruppierungen. Sie haben im Herbst 1989 den Vorschlag gemacht: Wir können die Krise nur überwinden, wenn wir uns alle an einen Tisch setzen, die etablierten Parteien der Volkskammer und eben die Vertreter dieser neu gebildeten Gruppierungen.

Dass die darauf kamen, sich an die Kirche zu wenden und zu fragen „Wollt Ihr das übernehmen?“ hat natürlich Hintergründe. Zum einen hatten sich viele der neuen Gruppierungen unter dem Dach der Kirche gebildet oder wenigstens das Dach der Kirche genutzt. Das waren beileibe nicht alles Christen, die sich da versammelt hatten. Und dabei haben sie wohl gemerkt: Wir können mit einer gewissen Fairness bei der Kirche rechnen, so dass man Vertrauen haben kann - die Kirche könnte uns auch helfen in unserer Situation.

Das Zweite war: Die Kirche hatte immer, vor allem die Konferenz der Kirchenleitungen, darauf Wert gelegt, das Gespräch mit den Staatsorganen, das durch viele Krisen gegangen ist, nicht abbrechen zu lassen. Und so war dann auch damit zu rechnen, dass unter Umständen die staatlichen Organe und diese Parteien, die ich eben genannt habe, der Kirche zutrauten, sie hätten hier einen fairen Vermittler.

Und drittens. Es ist heute schon erwähnt worden: In der „Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ arbeiteten

wir zusammen: die Katholische Kirche, die Freikirchen und die Evangelischen Kirchen. Und da ist ein Großteil der Themen verhandelt worden, die auch bei den Gruppen verhandelt worden sind und die dann an den „Runden Tisch“ kamen. So kamen diese drei Voraussetzungen zusammen.

Und zuerst waren die Vertreter der Gruppen bei Dr. Forck, dem Bischof von Berlin, erschienen. Über ihn kam die Anfrage dann zu mir. Manfred Stolpe kam zu mir als dem Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen, um zu beraten welche Schritte unternommen werden könnten, um zu einem Dialogforum zu kommen.

Es waren sehr bescheidene Dinge, die wir regeln sollten: Erstens einen neutralen Raum stellen. Zweitens die Verfassung des Einladungsschreibens. Denn man machte sich keine Illusionen. Die SED hat ja dann auch schnell versucht zu sagen, sie hätte den „Runden Tisch“ eigentlich erfunden. Wäre die Einladung aber von der SED gekommen, wären die Gruppen nicht hingegangen. Wären die Einladungen von einer der Gruppen – etwa Ullmanns „Demokratie jetzt“ - gekommen, wäre die Partei nicht hingegangen. Also bat man die Kirche um Raum und Eröffnung des ersten Gesprächs. Mehr sollte nicht sein. Dass wir drei das nachher auf Dauer machten, war ein Beschluss der dritten Sitzung des „Runden Tisches“.

Karl Heinz Ducke:

Es ist wirklich das Verdienst des Bischofs Forck, dass er in einem Gespräch, wo das noch lange nicht in Sack und Tüten war, gefragt hat: „Machen Sie mit?“ Wörtlich an mich gerichtet. Ich habe gesagt: „Ich hab da gar nichts zu sagen, aber ich will fragen.“

Und dann gab es ja einige Irritationen, als es hieß, die SED wäre mit am „Runden Tisch“ und dann war die Ebene noch nicht klar – kurz und gut: Dann bestimmte die Bischofskonferenz zwei Tage übrigens vor Beginn des „Runden Tisches“, - am Dienstag war die Bestellung, am Donnerstag haben wir angefangen - unter dem Stern der Herrnhuter Brüdergemeinde.

Das passierte völlig unvorbereitet. Sie müssen sich diese Unvorbereitetheit mal vorstellen. Heute noch arbeitet der Hausmeister in dem Hotel, das jetzt ist im Bonhoeffer-Haus. Wenn ich dort absteige, sagt der mir jedes Mal: „Wissen Sie noch, wie Sie mich nachts um halb eins geweckt haben, ob es hier eine Schreibmaschine gibt, damit wir wenigstens die Geschäftsordnung drucken können?“ Zu der Zeit hatte keiner einen Rechner.

Es ist tatsächlich das Verdienst der Evangelischen Kirche, uns einzuladen - auf Grund und auf dem Hintergrund der Ökumenischen Versammlung. Das war eigentlich das Bestimmende des Ökumenischen Wirkens auch in meiner Kirche. Es war nicht selbstverständlich gewesen, dass unsere Bischöfe gesagt haben: „Wir machen voll mit.“ Das muss man sagen. Da sind Ängstlichkeiten ganz sicher da gewesen. Soviel noch als Ergänzung.

Martin Lange:

Ich will zwei Dinge noch kurz erwähnen. Sie hatten gefragt, ob es nicht ungewöhnlich ist, dass Theologen sich politisch so profilieren müssen in einer so schwierigen Situation? In der Tat: Wir sind mehr oder weniger davon überrascht worden, auch wenn es den Vorlauf der Ökumenischen Versammlung gab.

Ich war zu der Zeit Sekretär der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen. Wir hatten eine enge Zusammenarbeit mit allen Kirchen, die dort Mitglied oder Beobachter waren. Meine Geschäftsstelle befand sich im Haus des Sekretariats des

Bundes der Evangelischen Kirchen. Der große Vorteil war also: Wir kannten uns aus der Arbeit der Ökumenischen Versammlung.

Ich habe aber immer gesagt: Wäre die Stelle eines Moderators am „Runden Tisch“ nur im Zuge einer Stellenausschreibung zu besetzen gewesen, wäre ich nie dahin gekommen. Denn ich hätte mich nie gemeldet. Das war eigentlich das Überraschende, dass die Kirchen gesagt haben: „Seid so gut und übernehmt diese Aufgabe der Moderation.“ Oberkirchenrat Ziegler hat es gerade deutlich gemacht: Hier hat die Evangelische Landeskirche wirklich einen großen Vorlauf auch an Organisatorischem geleistet.

Also der Vorteil war also, dass wir uns kannten und dass wir dann in diese Aufgabe hineingekommen sind, die auch – und das möchte ich als zweites deutlich machen – ein ökumenisches Zeichen war. Freunde und Kollegen aus Freikirchen der alten Länder haben nur gestaunt, dass hier ein methodistischer Pastor mit als Moderator am Tisch sitzt.

Unter uns war das eigentlich nie ein Problem. Wir haben so eng zusammengearbeitet, dass sich das so ergeben hat, zumal auch die kleineren Freikirchen den Wunsch hatten, in dieser kritischen Situation mit beteiligt zu sein an den Gesprächen über die Zukunft des Landes.

Karl Heinz Ducke:

Bruder Ziegler war so vornehm, nicht ganz die Bedingungen zu zeigen, warum wir da als Moderatoren weiter mitmachen mussten. In der 3. Sitzung hatte er nämlich gesagt – und wir beiden anderen haben uns angeschlossen: „Liebe Leute, wir haben auch noch unsere Arbeit, wir haben auch zu tun. Entweder wissen wir jetzt, was wir machen sollen, oder unsere Aufgabe ist vorbei.“

Und ich weiß noch, wie Herr Ullmann kam und sagte: „Stellen Sie die Frage, ob sie noch weitermachen wollen, noch nicht. Die Zeit ist noch nicht reif. Noch sei Misstrauen mit im Spiele gegen Kirche und so...“ Aber wir haben gesagt: „Es hilft ja alles nichts, wir müssen ja auch planen, brauchen Planungssicherheit in dieser Zeit.“ Also haben wir die Frage gestellt. „Wollen Sie, dass wir weiter moderieren?“ Es gab Zustimmung und eine Enthaltung.

Heinz Kurtzbach:

Die Einrichtung der „Runden Tische“ ist keine deutsche Erfindung des Jahres 1989, sondern eher der Polen und der Tschechoslowaken. An den „Runden Tischen“ dieser beiden Staaten saßen die neuen Gruppierungen, wie sie sie eben genannt haben. An ihrem „Zentralen Runden Tisch“ und ganz gewiss auch an den vielen örtlichen „Runden Tischen“ in den Bezirken der DDR saßen die neuen Gruppierungen - und eben jene Gruppierungen, Parteien, Vereinigungen und Verbände, die bis 1989 die Geschicke der DDR geführt hatten: die SED/PDS, der FDGB und auch die Blockparteien.

Diese Kräfte sind sicher mit ganz anderen Intentionen an diese Tische gegangen als das Neue Forum oder der Demokratische Aufbruch, die das Neue wollten – verglichen mit den Gruppierungen derjenigen, die die Staatsführung der DDR und den Staat DDR ausgemacht haben und die gesehen haben, dass man das Alte so nicht mehr halten kann. Die einen waren freiwillig am „Runden Tisch“, die anderen eher gezwungen.

Halten Sie dieses Konstrukt nach wie vor - auch in der Rückbetrachtung nach 15 Jahren - für gut, für notwendig, für vielleicht sogar als einzig mögliche Lösung damals? Oder hat Sie das - im Laufe Ihrer Tätigkeit - dazu gezwungen, Kompromisslinien zu fahren, die Sie möglicherweise in einer anderen Zusammensetzung nicht gefahren wären?

Martin Ziegler:

Natürlich gab es in Polen das Muster des „Runden Tisches“, natürlich gab es in der Tschechoslowakei auch „Runde Tische“ – aber: Es ist nicht so, dass diese das Muster für den „Zentralen Runden Tisch“ in der DDR abgegeben haben. Sondern ich sehe unsere Lösung als Verdienst der Gruppierungen an. Die sieben Gruppierungen hatten eine Vorbereitungsgruppe gebildet und gesagt: „Unser Land ist so in der Krise, dass nur noch eine gemeinsame Anstrengung helfen kann, aus dieser Krise herauszukommen. Und das können wir nur erreichen, wenn wir miteinander reden, wir brauchen ein Dialogforum.“

Und diese sieben Gruppierungen sagten weiter. „Das können wir nicht nur unter uns machen, sondern wir müssen mit denen reden, die in der Volkskammer das Sagen haben.“ Damit waren die Parteien gemeint. Der FDGB gehörte ausdrücklich nicht dazu.

Denn eine Bedingung machten die sieben Gruppierungen: Es durften von der anderen Seite keine so genannten Schlepmandate mit eingebracht werden. Wie das in der Volkskammer so war. Dort saßen Vertreter vom Konsum, aber es waren natürlich SED-Genossen. Und es saßen Vertreter des FDGB in der Volkskammer, das waren natürlich weithin SED-Genossen. Das hatten diese Gruppierungen von vornherein ausschließen wollen, aber sie sagten, wir müssen mit denen reden, die offiziell als Partei in der Volkskammer das Sagen haben. Und darum wollen wir diesen „Runden Tisch“ paritätisch zusammensetzen. Sieben Gruppierungen von der einen und sieben von der anderen Seite mit je zwei Leuten. Wir müssen dann miteinander die Probleme auf den Tisch bringen und öffentlich diskutieren. So ist dieser „Runde Tisch“ zustande gekommen.

Dass dann später doch der FDGB mit drin saß, ist die Folge einer Panne. Die Organisatoren trafen zwar untereinander dauernd Absprachen, nur uns - auch mich nicht, den Einladenden – informierten sie nicht laufend, wen sie denn noch am „Runden Tisch“ haben wollten. Und da wollten sie dann plötzlich doch noch die sich gerade gründende Vereinigung Unabhängiger Frauen dort haben. Und die saßen dann schon am „Runden Tisch“, als wir kamen und rückten und rührten sich nicht. In der ersten Sitzung hat es dann wirklich Mühe gekostet, die Stühle allein für die Eingeladenen freizukriegen. Da saßen dann Andere.

Als dann die Prozedur begann, war die erste Frage: „Wer darf denn überhaupt am ‚Runden Tisch‘ sitzen und mitreden?“ Und da hatte ich vorgeschlagen: „Das lasst mal den ‚Runden Tisch‘ selbst entscheiden.“ Und dann wurde abgestimmt über die Unabhängigen Frauen, und es war ja gut, sie kriegten das Mandat. Daraufhin kam aber die andere Seite und sagte: „Wir vom FDGB vertreten hier hunderttausende Leute und wir verlangen, wenn die reinkommen, dass es nun paritätisch weiter geht.“ Und dann kam der FDGB rein. Und so ging das noch ein paar Sitzungen weiter. Und dann kam der Unabhängige Bauernverband VdGB auch rein wie auch die Sorben, sie allerdings mit einem Sonderstatus. Und dann wurde ein Beschluss gefasst: Weitere nicht! Weil dann die ganze Sache nicht mehr händelbar war. Also das war ein Prozess ziemlich schwieriger Art, bis der „Runde Tisch“ zusammengetreten war.

Karl Heinz Ducke:

Die Öffentlichkeit war etwas, was wir eigentlich am Anfang auch nicht wollten. Weil man Angst hatte, dass die Leute zum Fenster hinausreden würden und nicht bei der Sache blieben.

Und was die Modelle betrifft - wenn man von Modellen sprechen will bei den Ereignissen in Warschau - so waren das dort geheimste Gespräche. Wenn das

rausgekommen wäre! Die saßen zu sechst miteinander. Es wurden sogar auch die Wahlergebnisse an diesem „Runden Tisch“ vorher festgelegt. Das heißt, es durften die Wahlen nur soweit stattfinden, dass die Kommunistische Partei die Mehrheit noch hatte in Polen. Das war der große Unterschied, der natürlich unter ganz anderen Umständen als bei uns entstanden war. Das aber, glaube ich, hat uns nie als Modell vorgeschwebt in dieser Weise.

Dagmar Enkelmann:

Der „Runde Tisch“ war übrigens nicht wirklich ein runder, sondern ein eckiger. Ein rundes Modell hat man zu diesem Zeitpunkt nicht gefunden.

Herr Ducke, Sie wurden zum Inbegriff des Zuhörenden und - wenn nötig - auch resolut reglementierenden Vermittlers. So jedenfalls sind Sie in einer Zeitung beschrieben worden. Wieviel Reglement war denn notwendig? Wie ist die Geschäftsordnung des „Runden Tisches“ entstanden? Sie haben gerade schon einige Turbulenzen beschrieben. Die hatte es ja öfter gegeben. Wie war das gewesen?

Karl Heinz Ducke:

Erstens galt für uns alle drei: Wir sind die Männer mit den eisernen Nerven, wenn die Diskussionen waren. Ich muss dazu sagen: Ich war Leiter der Priesterausbildung in der DDR in Erfurt und dieser Titel heißt „Regens“. Man schrieb dann, man merkte dem *Regenten* aus Erfurt an, dass er nicht freiwillig die Macht aus der Hand gab.

Worauf sich das bezieht, kann man in einem Wortprotokoll des „Runden Tisches“, erschienen jetzt in fünf Bänden als totale Verschriftung des „Runden Tisches“, nachlesen. Und da macht der Verfasser aufmerksam, dass Oberkirchenrat Ziegler ganz leicht zu verschriften war, dessen Sprache sei druckreif, er wollte offenbar bis zum Ende der DDR das Ganze ordentlich, mit Punkt und Komma, durchziehen. Bruder Lange wäre ebenso ganz verstehbar, aber bei Ducke heißt es da: „Den muss man gesehen haben.“

Und wenn ich das jetzt lese, dann finden Sie eben so hochwertige Zitate von mir drin wie: „Ducke (Moderator): „Na und?“ Sehr inhaltsreich. Oder an einem anderen Punkt. „Wollen Sie wirklich noch abstimmen?“

Es war schon manchmal eine Geduldssprobe, wo wir uns auch gegenseitig immer geholfen haben, dass man die Übersicht behielt. Aber natürlich hat manchmal die Gefahr bestanden, dass man sagte. „Nun hört doch jetzt auf zu debattieren, jetzt stimmen wir ab.“ Dass es nicht so eingetreten ist, das war gut, das war o.k. gewesen.

Martin Lange:

Von den Anfangsschwierigkeiten war hier die Rede. An dem Nachmittag, an dem die erste Sitzung stattfand, hatten wir drei uns kurz zusammengesetzt und überlegt: Wie wollen wir das denn nun handhaben? Und wir haben im Stillen gesagt: Vielleicht sind wir nach einer Stunde auch schon wieder an unserem Schreibtisch, weil die Sache nicht funktioniert. Wir kannten ja die Leute nicht, die am „Runden Tisch“ Platz nahmen. Dass alles dann doch möglich war, hat sich eigentlich so ergeben.

Zum Beispiel hatten wir drei uns bei der ersten Abstimmung nicht vorher darüber verständigt: Stimmen wir nun mit ab oder nicht? Es war uns klar, wir moderieren. Das heißt, wir leiten die Gespräche, aber wir geben nicht die Stimme der Kirche ab. Wir votieren nicht. Und dass wir wirklich eine neutrale Position der Vermittlung einnehmen konnten, hat sich durch all die Sitzungen hindurch als sehr hilfreich erwiesen.

Natürlich war die Öffentlichkeit für uns auch ein Problem. Als das erste Mal dann davon die Rede war, Rundfunk und Fernsehen sollen all das übertragen, war uns, mir

jedenfalls, überhaupt nicht wohl. Wir wussten ja auch nicht, wie diese Gespräche nun laufen würden. Im Nachhinein, müssen wir sagen, war, dass die Öffentlichkeit unseres Landes so schnell informiert werden konnte, ein ganz großer Fortschritt. Und wir waren erstaunt, wie viele Reaktionen wir bekommen haben. Wir erhielten schon nach den ersten Sitzungen ganz rührende Briefe: „Was Sie drei für eine Geduld haben!“ Da sind wir richtig stolz geworden. Weil wir immer wieder versucht haben, Spitzen abzubrechen und auch unterschiedliche Meinungen miteinander zu verbinden.

Die Öffentlichkeit war am ersten Sitzungstag im Boenhoffer-Haus schon so stark vorhanden, dass wir in Schwierigkeiten kamen. Wir hatten gedacht, so nach zwei Stunden wird die Sitzung zu Ende sein. Es war dann nachts um eins, als wir den Schlusspunkt setzen konnten. Dann hat der Chefmoderator, Oberkirchenrat Ziegler, uns - Ducke und mich - rausgeschickt und gesagt: „Redet ihr jetzt mal mit den Fernsehleuten.“ Da waren vielleicht so 20 oder 25 internationale Fernsehgesellschaften, die nun was wissen wollten.

Eine Frage ist mir noch in Erinnerung. Eine französische Journalistin hat uns dann, mit Kamera in der Hand, gefragt: „Wer hat heute gewonnen und wer hat heute verloren?“ Und da haben wir, in Englisch, ihr klar gemacht: „Verloren hat eigentlich niemand. Wir können jetzt nur noch gewinnen, wenn diese Gespräche weitergeführt werden.“

Martin Ziegler:

Unsere Kirchen haben an unserem Erfolg auch ein Verdienst. Denn es gab zum Beispiel in der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen durchaus auch Stimmen, die sagen: „Naja, wollen wir mal den Leiter des Sekretariats dorthin schicken, damit er für die Kirche möglichst viel herausholt.“ Dieses hat die Konferenz aber eben nicht beschlossen, sondern sie hat völlig freie Hand gegeben und niemals die Erwartung geäußert: „Holt etwas für die Kirche raus.“ Das hat mir wenigstens die Freiheit gegeben, so gut es eben ging, neutral, überkonfessionell und überparteilich zu moderieren. Ich bin dafür unserer Kirche sehr dankbar.

Heinz Kurtzbach:

Gab es damals, als Sie diese Tätigkeit als Moderatoren aufgenommen haben, bei Ihnen Vorstellungen, welche Ziele erreicht werden sollten mit diesem „Runden Tisch“? Waren diese definiert? Oder sind Sie relativ frei zu den Veranstaltungen gegangen und haben gesagt: Das ist eine hochbrisante Situation im Lande, in der DDR. Das kann jederzeit noch in Gewalt umschlagen. Das hat es bisher nicht getan, aber was kommt, weiß man nicht. Das gilt es erstens zu verhindern.

Oder waren Ihre Vorstellungen allein inhaltlich-politischer Art: Wir wollen in der Diskussion die Grundlagen für eine neue DDR schaffen. War es das Ziel: Wir wollen eine reformierte, eine andere DDR? Oder gab es irgendwann auch die Zielsetzung: Wir wollen unser Staatswesen, das so nicht weiter existieren kann, in geordneten Bahnen und mit unseren Vorstellungen einbringen in die Bundesrepublik Deutschland? War das definiert oder hat sich so etwas ergeben aus der Arbeit des „Runden Tisches“?

Martin Ziegler:

Ich hatte nur eine Zielvorstellung: Dieses komplizierte, hochexplosive Zusammensein zu einem vernünftigen Ende zu bringen. Weiter ging es zunächst in der ersten Sitzung bei mir nicht. Aber: Der „Runde Tisch“ hat sich erstaunlicherweise - trotz dieses chaotischen Anfangs - in einer großen Klarheit die Zielstellung selbst gegeben. Im so genannten Selbstverständnis, das in der ersten Sitzung beschlossen

wurde. Und da war das große Ziel eindeutig: Demokratisierung der DDR und nicht die Einheit Deutschlands. Das kam erst im Februar 1990 so richtig auf den Tisch.

Und konkret hieß das Ziel für den „Runden Tisch“: eine freie, allgemeine, geheime Wahl. Dafür waren die Voraussetzungen zu schaffen. Und darum wurden auch gleich in Auftrag gegeben: Wahlgesetz, Parteiengesetz, Vereinigungsgesetz und ein Verfassungsentwurf für die DDR. Das war alles schon in der ersten Sitzung.

Schließlich legte man sich auch terminlich fest: Alles sollte nur bis zum 6. Mai 1990 gehen. Dann sollten die Wahlen stattfinden, dann stellt der „Runde Tisch“ seine Tätigkeit ein. In der Zwischenzeit übt er öffentliche Kontrolle und verlangt immer wieder sofortige Informationen von der Regierung. Das war die Zielstellung. Für mich ist das eigentlich immer noch eine wirklich große Leistung, die der „Runde Tisch“ erbracht hat, dass er mit solcher Klarheit sich selbst sein Ziel gesetzt hat.

Martin Lange:

Wenn wir zurückschauen, sind wir immer noch erstaunt darüber, zu welchen Ergebnissen der „Runde Tisch“ nach dem chaotischen Anfang schon bei der ersten Sitzung gekommen ist. Ich sehe als Grund das Selbstverständnis, das alle verbunden hat, weil sie wussten: Unser Land ist in eine Krise geraten und es muss etwas geschehen. Wir haben also den Termin schon festgesetzt oder beschließen lassen für die nächste Wahl.

Sie haben vorhin nach der Geschäftsordnung gefragt. Das sollte wenigstens noch mit erwähnt werden: Wir haben ja einfach mit den Gesprächen angefangen, da haben sich dann die unterschiedlichen Meinungen gezeigt, was notwendig ist: Neue Verfassung, ein Wahlgesetz und was damit im Zusammenhang steht.

Aber wir wussten natürlich nicht: Wie gehen wir jetzt mit den Anträgen und mit den Vorstellungen um. Zum Glück hatten wir sehr versierte Juristen am Tisch, unter anderen Lothar de Maiziere. Der sagte dann: „Ich werde jetzt mal ganz schnell eine Geschäftsordnung formulieren.“ Alles während der ersten Sitzung.

Was er als Geschäftsordnung formuliert hatte, wurde übrigens dann auch mit einer kleinen Änderung angenommen. So dass wir eine Grundlage hatten, wie die einzelnen Anträge zu behandeln waren. De Maiziere hat mir später erzählt, seine Kinder hätten nur den Kopf geschüttelt und gesagt, das müsse man sich mal vorstellen: „Das Volk probt den Aufstand auf den Straßen der Republik und unser Vater setzt sich hin und formuliert eine Geschäftsordnung.“ Aber es hat uns ungemein in der Zusammenarbeit am „Runden Tisch“ geholfen.

Karl Heinz Ducke:

Über diese Zielstellung des „Runden Tisches“ können wir heute noch froh sein, das sie so formuliert ist. Froh können wir nicht sein, dass die Kraft nicht ausreichte, wirklich die Wahl erst am 6. Mai durchzuführen. Der Wunschtermin wäre, wie sie wissen, der 7. Mai gewesen. Das hängt mit der Kommunalwahl zusammen. In Berlin gab es ja, vielleicht erinnern sich einige, an jedem 7. eines Monats das Pfeifkonzert auf dem Alexanderplatz. Der eignete sich sehr dafür wegen der U-Bahn-Zugänge. Man tauchte auf, Trillerpfeife, und verschwand wieder in irgendeinem Zug. Allerdings: An diesem 7. Dezember zogen ein paar tausend Leute mit Trillerpfeife vors Bonhoeffer-Haus. Nun nicht gerade mit ganz günstigen Sprüchen für einige.

Das war negativ: Dass wir nicht die Kraft hatten durchzuhalten bis zum 6. Mai, damit die neuen Gruppierungen stärker ins Bewusstsein hätten gerückt werden. Auch das muss ich kritisch sagen: Die einen haben schon auf Hochglanz drucken lassen, und die anderen haben noch mit Ormig abgezogen.

Das ist die Nummer Eins, wo ich traurig bin. Das Zweite ist, dass wir die Verfassungsdiskussion haben schleifen lassen - das heißt, auf den letzten Tag aufgeschoben, wo der Entwurf vorgelegt wurde, der nie diskutiert wurde. Wenn Sie irgendwo lesen „Verfassungsentwurf des ‚Runden Tisches‘“ - dann ist das ein Entwurf, der an diesem letzten Tag vorgelegt und der Volkskammer übergeben wurde. Die weigerte sich dann bekanntlich, einen eigenen zu machen.

Ich persönlich muss sagen: Ich hätte mir gewünscht, dass wir in die Einheit gegangen wären mit diesem neuen Subjekt DDR, mit einer eigenen Verfassung, die ja nicht zwingend anders sein musste als das Grundgesetz. Wir wollen ja nicht das Fahrrad neu erfinden. Aber dass man selbst eine eigene Identität gehabt hätte, als Subjekt sozusagen, wo man so auf Augenhöhe miteinander verhandelt hätte.

Martin Ziegler:

Wenn man das alles verstehen und sich die ganze Entwicklung noch mal klarmachen will: Am 13. und 14. Februar 1990 besuchte Modrow mit seinen Regierungsleuten, die aus den Parteien und Gruppierungen kamen, Bonn. Das war dann eigentlich der wirkliche Start für ein neues Thema, das der „Runde Tisch“ am Anfang so nicht hatte: die Einheit Deutschlands.

Vorher schon war ein tiefer Einschnitt für den „Runden Tisch“ gewesen, der aber nicht vom „Runden Tisch“ beschlossen worden ist. Das war der 28. Januar 1990. Da wackelte die Modrow-Regierung ganz gewaltig und suchte nach Stützkräften. Modrow führte Gespräche mit den einzelnen Gruppierungen und lud zum Abend des 28. Januar in den Johannishof ein. Dort bat er darum, dass die Gruppierungen in eine Regierung der Nationalen Verantwortung eintreten, um ihr Stabilität zu geben. Er rechnete sich ganz bestimmt auch aus, er hätte so größere Chancen beim Besuch in der Bundesrepublik.

Der „Runde Tisch“ hat diesen Besuch auch unterstützt. Sogar in den Beschlüssen des „Runden Tisches“ steht, dass sie – die Delegation - einfordern sollte, das was Kohl am 19. Dezember in Dresden gesagt hatte: Dass die Bundesrepublik einen Solidarbeitrag leisten sollte zur Stabilisierung der DDR. Und es steht expressis verbis drin: Der „Runde Tisch“ hält eine finanzielle Unterstützung von 10 bis 15 Milliarden DM für angemessen. Das sollte dort in Bonn gefordert werden - und wir wissen, wie das ausgegangen ist. Daran dachte natürlich die Bundesrepublik inzwischen nicht mehr.

Das ist der große Wendepunkt für den „Runden Tisch“ gewesen. Ich muss jedes Mal neu darauf hinweisen: Der „Runde Tisch“ hat den Eintritt in die Regierung der Nationalen Verantwortung nicht beschlossen, sondern das haben die einzelnen Gruppierungen beschlossen. Der „Runde Tisch“ wurde wie die Volkskammer nur darüber informiert.

Dagmar Enkelmann:

Mit Blick auf die Bilanz des „Runden Tisches“ stellt man fest, dass eine ganze Reihe von Beschlüssen, Empfehlungen und Erklärungen abgegeben worden sind – immerhin innerhalb von drei Monaten ist das ein ganz gewaltiges Pensum an Arbeit. Wenigen ist sicher auch in Erinnerung, dass sich der „Runde Tisch“ auch sehr frühzeitig mit dem Erstarken neofaschistischer Tendenzen in der DDR befasst und eine Erklärung „Gegen die Gefahr von Rechts“ abgegeben hat.

Ich darf kurz zitieren: Es sei Zeit, den Anfängen zu wehren, daher gelte es, das antifaschistische Klima der Gesellschaft der DDR zu bewahren und unmissverständlich zu stärken, allem und jedem entschieden entgegen zu treten, was

ganze Menschengruppen diskriminiert, Andersdenkende und Andersartige ausgrenzt und damit die Gleichheit aller Menschen missachtet und so schwere Gefahren für die Nation und die Demokratie heraufbeschwört.

Hat sich der „Runde Tisch“ auch mit Ursachen rechtsradikaler Entwicklungen in der DDR befasst? Wir wissen, diese hat es auch vor der Wende schon gegeben, allerdings steigen die Zahlen jetzt deutlich. Wie hat sich der „Runde Tisch“ mit diesen Fragen befasst?

Karl Heinz Ducke:

Da gab es natürlich unterschiedliche Ausgangspositionen. Zum Hintergrund muss man sehen, dass schon ab Januar, spätestens ab Februar 1990 die Deutsche Einheit Tatsache war. Wenn ich in diesem Zusammenhang erzählen darf: Sie haben vielleicht noch Erinnerung, dass Modrow bei Gorbatschow war. Und bevor die Verhandlungen begannen, flimmerte über den Bildschirm: Gorbatschow sagt: „Wenn die Deutschen sich vereinigen wollen, wer hindert sie daran?“

Am gleichen Abend wurden wir eingeladen, das Ergebnis des Treffens von Modrow zu hören: „Es kommt die deutsche Einheit, beachten Sie das am ‚Runden Tisch‘.“

Am nächsten Tag waren wir beim Sowjetischen Botschafter zum Tee eingeladen. Der Botschafter Kotschemassow erklärte uns dreien: „Es kommt die deutsche Einheit, beachten Sie das bitte am ‚Runden Tisch‘.“ Und dann dieser Satz: „Übrigens war die Sowjetunion immer für die Deutsche Einheit.“ Das konnten wir bestätigen, wenn auch unter anderem Vorzeichen.

In dem Moment, wo dieser Horizont auftauchte, waren natürlich auch zum Beispiel antirussische Stimmungen da. Da waren dann – von wem das nun gesteuert war, weiß kein Mensch – diese Schmierereien am Ehrenmal in Treptow. Das war so ungefähr der Ausgangspunkt, glaube ich, wo immer wieder die Gefahr bestand, dass irgendwelche nationalistischen Tendenzen aufkamen und der Dialog gestört wurde. Bewusst gegen Rechts, glaube ich, in dem Sinne, dass man eine rechte Gefahr gesehen hat, wurde kaum am „Runden Tisch“ thematisiert...

Martin Ziegler:

...an einer Stelle doch, nämlich in der Stellungnahme zum Besuch in Bonn. Da wurde am Schluss gesagt, die Verhandlungsdelegation solle darauf achten, dass keine rechtsgerichteten Kräfte in die DDR einreisen können. Da klang das mal an.

Heinz Kurtzbach:

Wenn Sie drei auf diese Zeit zurückblicken: die Volkskammerwahl am 18. März, die früher stattfand, als sie das wollten; der Verfassungsentwurf, den der „Runde Tisch“ sich in einer großen Fleißarbeit erarbeitet hat, verschwand in der Schublade.

Bestimmte Dinge, die Sie sich vorgenommen hatten, waren unerledigt und konnten nicht mehr erledigt werden. Wenn Sie eine kurze Bilanz dieses Möbelstücks, dieses Tisches, ziehen: Wie erfolgreich würden Sie ihn dann sehen oder wie wenig erfolgreich?

Martin Ziegler:

Man muss sagen, von wo aus man das Maß findet. Geht man aus vom Selbstverständnis des „Runden Tisches“ und fragt, hat er erreicht, was er sich vorgenommen hat, muss man einiges aufzählen: Erstens hat er die Wahlen vorbereitet durch das Wahlgesetz, das Parteiengesetz, das Versammlungsgesetz und nicht weniger auch durch das Mediengesetz, das auch am „Runden Tisch“ verhandelt wurde. Auch wenn der Verfassungsentwurf nicht mehr zum Zuge kam, er hat mit dazu beigetragen – und das war für mich und uns drei der entscheidende Punkt -, durch diese krisenhafte Zeit zu kommen - in der man nicht wusste, ob nicht doch noch etwas explodiert - ohne Blutvergießen zu diesen Wahlen zu kommen und damit also eine demokratische Legimitation zu schaffen.

Karl Heinz Ducke:

Weil das Stichwort Volkskammerwahl fiel: Es gab Bestrebungen, den „Runden Tisch“ über die Wahlen hinaus zu erhalten. Da haben wir denn doch aktiv eingegriffen, indem wir sagten: Dann aber ohne uns! In dem Moment, wo ein frei gewähltes Parlament da ist, sollen die gefälligst die Arbeit machen.

Es war für mich der schönste Abschluss des „Runden Tisches“, wenn es auch nicht mehr zum „Runden Tisch“ gehörte, dass uns die Parteien der Volkskammer einluden, die Eröffnungssitzung mit einem Ökumenischen Gottesdienst in der Gethsemanekirche durchzuführen. Ich erinnere mich an die Predigt von Herrn Ziegler – wie hieß das Thema?

Martin Ziegler:

„Recht kann Ordnen, Güte kann heilen.“

Karl Heinz Ducke:

Das Phänomen war: Alle waren da und wir konnten allen noch einmal die Hände schütteln. Das ist also das Positive, was ich sehe. Es war ein Übergang in diese neu gewählte Volkskammer.

Persönlich muss ich sagen, war es eine der intensivsten Zeit, die man erlebt hat. Sie, Frau Enkelmann, haben es gerade gesagt. Man musste sich erst wieder in Erinnerung rufen: Das waren drei Monate. Was passiert sonst in drei Monaten? Soviel passierte in den folgenden 15 Jahren nicht.

Ein bisschen hat, denke ich, der „Runde Tisch“ dazu beigetragen - da denke ich auch an die Öffentlichkeit -, das Selbstbewusstsein der Bürger der DDR zu stärken. Wir haben viele Zuschriften bekommen: „Ihr macht uns Mut! Solange Ihr noch lacht da vorn“, – das bezog sich aber mehr auf mich – „solange der Pfarrer lacht, kann uns nichts passieren.“ Es gab eine gewisse Sicherheit in der Unsicherheit, was uns natürlich erst im Nachgang bewusst wurde.

Manchmal kam man sich allerdings vor, als spiele man mit einer Kindergartentruppe im Löwenkäfig. Man wusste ja nicht, was da alles so war, beispielsweise als die Diskussion um die Stasiauflösung anging. Hinterher bekommt man es schon mit der Angst zu tun, wenn man dann weiß, dass alle, die wir da eingeladen hatten, eigentlich schwer bewaffnet waren. Und wenn etwas passiert wäre an diesem Januartermin, als der Aufruf kam, zur Normannenstraße zu gehen – wir drei blieben ja zurück, die anderen rasten hin – hinterher ist uns gesagt worden, wenn was gewesen wäre, wärt' ihr dran gewesen. Vielleicht war das auch das Gute, dass wir als Kirchenleute das machen mussten.

Ich denke nur an die Bombenalarne. Unsere Sekretärin, die ich dann mitnahm mit der Schreibmaschine, vierjähriges Kind, sagte: „Plötzlich kommt die Feuerwehr in das Sekretariat und braucht das Telefon, man rief an: Bombenalarm!“. Sie können sich vorstellen, das waren wir als DDR-Bürger nicht gewohnt. Da mussten wir alles räumen, die Kameras wegstellen. Und dann kam eben die übliche Frage: Wer von der Tagungsleitung bleibt hier? Na ja klar, der Nichtverheiratete. So bin ich jedes Mal bei Bombenalarm unter die Tische gekrochen und habe zum Schluss dann schon gewusst: Das ist die Tasche von Eppelmann. Der vergisst sie immer.

Ich wollte sagen: Dies alles hat ein bisschen mit zum Selbstbewusstsein beigetragen. So würde ich das jedenfalls sehen und mich deswegen dieser Arbeit, dieses Dienstes für andere - das einzige Mal, das ich erlebte, dass Politiker Dienst für andere machen, nicht für sich unbedingt - all das ist etwas, das mich bis heute stolz sein lässt.

Dagmar Enkelmann:

Jetzt kommt die Stelle, an der wir uns – Herr Kurtzbach und ich – in unseren unterschiedlichen Meinungen outen.

Wir beide sind uns soweit einig, was die historische Einordnung des „Zentralen Runden Tisches“ vor 15 Jahren anbetrifft. Wir sind uns nicht ganz einig darüber, ob der „Runde Tisch“ als Institution – und zwar unabhängig von der Ebene – tatsächlich ein veraltetes Möbelstück ist, sozusagen ein Übergangsstück, er in die Zeit gehört, aber eigentlich völlig unaktuell ist. Ich habe in Bernau mit am „Runden Tisch“ gesessen. Insofern habe ich nostalgische Gefühle an dieser Stelle.

Mich würde dazu Ihre Meinung interessieren: Hätte das Modell heute noch eine Chance? Nicht als „Zentraler Runder Tisch“, sondern tatsächlich als Institution, die man nutzt, um bestimmte gesellschaftliche Probleme – Beispiel: Arbeitslosigkeit oder Wirtschaftsentwicklung – gemeinsam mit vielen zu lösen?

Martin Ziegler:

Wenn man genau unterscheidet zwischen dem großen Spektrum, das der „Zentrale Runde Tisch“ zu erarbeiten hatte, und der Idee des „Runden Tisches“ - dass man neben den parlamentarischen Regelungen und Regeln Möglichkeiten braucht, wo sich die Bürger artikulieren können, wo sie ihre Meinung einbringen können – dann ist er nicht überholt. Nur wenn man meint, das, was damals ein Kriseninstrument für eine bestimmte Situation gewesen ist, auf unsere Zeit übertragen zu müssen, dann würde ich sagen, ist es ein überholtes Möbelstück.

Man muss sich doch die Frage stellen, warum findet eine solche Veranstaltung hier statt? Und es kommen sogar Leute. Ja, irgendwas muss in dieser Zeit – auch wenn man die Vergoldungen abkratzt – doch gewesen sein, was nach wie vor Sehnsucht bei Menschen, bei Bürgern erweckt. Es muss einen Weg geben, mit dem wir unmittelbar und direkt teilhaben können – neben der parlamentarischen Demokratie – , die Gesellschaft mit zu gestalten.

Da besteht leider ein Mangel. Uns ist es bisher nicht gelungen, das auch in gesetzlich geregelte Rahmen zu bringen. Bürgerinitiativen gibt es ja. Aber sie haben keine Zugangsstelle zur parlamentarischen Demokratie, außer dem Petitionsausschuss. Und das ist ein Nadelöhr. Wer das mal versucht, wird merken, wie schwierig das ist. Es gibt keine solche Anlaufstelle.

Und schließlich: Man muss sich doch fragen, warum kommt nicht endlich die Frage zur Ruhe, die Sie, Frau Enkelmann, gestellt haben, die nach den „Runden Tischen“ heute? Das hat schlicht mit dem Unbehagen an der repräsentativen parlamentarischen Parteiendemokratie zu tun. Das haben nun viele Bürger gemerkt. Als der „Runde Tisch“ tagte, sahen wir diese parlamentarische Demokratie als Muster in der Bundesrepublik, uns vermittelt durchs Fernsehen. Wir hatten eigentlich gar keine andere Alternative und sagten, das wollen wir auch. Inzwischen haben wir unsere Erfahrungen mit dieser Demokratie gemacht und mit diesen Parteien. Deren Mitgliederzahl schätze ich auf drei, andere schätzen sie auf fünf Prozent der Bevölkerung. Und was spielen sie uns vor? Ein politisches Theater um Macht. Aber jeder weiß: Die Fäden werden woanders gezogen.

Ich nenne nur mal beispielhaft die Gesundheitsreform. Die Ministerin appelliert hilflos an die Pharmakonzerne und an die Ärzte. Was spielt denn da noch die Gesetzgebung für eine Rolle? Oder beim Öl. Wer kann denn die Wirtschaft und ihre Lobbies eigentlich steuern. Ich glaube den Parteien nicht mehr, dass sie das können.

Und darum stirbt die Sehnsucht nicht aus, dass wir so was haben mit direkter Einmischung und Mitgestaltung nach dem Muster des „Runden Tisches“.

Martin Lange:

Es hat mich schon beunruhigt, als ich vor einigen Jahren gesehen habe, dass am Alex am 4. November ein großes Plakat hing: „Wir waren das Volk - 4. November 1989“ Ich denke, da kommt genau das zum Ausdruck, was Oberkirchenrat Ziegler jetzt gesagt hat: Die Zeit des „Runden Tisches“ war nicht nur für die Beteiligten wichtig, die dort miteinander geredet haben und die sehr unterschiedliche Meinungen über die Lösung der Fragen hatten, diese waren ja auch gegensätzlich. Diese Zeit war für die Leute in unserem Land wichtig, weil sie Hoffnung hatten und gerade mit diesen Gesprächen eine bestimmte Erwartung verbanden: Wir können etwas bewegen!

Wir haben also wirklich stapelweise Post bekommen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt mussten wir 12 bis 15 Personen anstellen, die die Telefongespräche entgegennahmen während der Sitzung des „Runden Tisches“. Es gab überall in der DDR Leute, die von früh bis abends die Direktübertragung miterlebten. Und sie haben eine Hoffnung damit verbunden: Wir können etwas bewegen! Im Gegensatz zu heute, wo man so allmählich traurig feststellen muss, gab es damals keine Politikverdrossenheit. Die Leute hatten bestimmte Erwartungen und auch die Hoffnung: Wir können etwas mitbewirken, wenn wir uns einbringen mit unseren Vorschlägen oder mit unseren Gedanken.

Wenn man sich nur überlegt: Wie haben sich über Jahre und Jahrzehnte die Menschen in der DDR freie Wahlen gewünscht. Wissen Sie noch, wieviel Prozent der Wähler zur ersten freien Volkskammerwahl gegangen sind? Ich habe es noch einmal nachgeschlagen: Es war über 93 Prozent Wahlbeteiligung.

Nun sage man nicht: Das waren noch Überbleibsel von den vorangegangenen Wahlen. Ich denke schon, hier kam zum Ausdruck: Es muss sich etwas ändern und es kann sich auch etwas ändern, denn unsere Meinung ist gefragt. Und wie sind die Prozentzahlen jetzt? - nicht wahr, es ist ja doch erschreckend, wie das zurückgegangen ist. Sicher: Wir können das nicht noch einmal wiederholen, wir können das nicht aufwärmen, ich weiß auch nicht, ob es ein Modell gibt – Tatsache aber ist, dass zu wenige Möglichkeiten zum Mitgestalten bestehen.

Die Menschen haben nun wirklich nicht den Eindruck, sie werden ernst genommen und hetzen nicht nur von einem Wahlkampf zum anderen und von einem Umfrageergebnis zum anderen. Wir haben doch seit Jahren permanenten Wahlkampf. Richard von Weizsäcker hat gesagt: Wir haben eine Demoskopie-Demokratie. Also immer geht es nur nach den Umfrageergebnissen. Darauf stellen sich die Parteien ein. Der Mensch aber bleibt vielfach auf der Strecke.

Karl Heinz Ducke:

Eine kleine kritische Zwischenbemerkung: Ich bin ein bisschen vorsichtig mit dem Begriff „Runder Tisch“, weil er inflationär heute gebraucht wird. Wenn irgendwas irgendwo nicht funktioniert – die Straßenbahn hält nicht vor meiner Haustür - fordert man einen „Runden Tisch Nahverkehr“. Das ist inflationär für mich. Das wird eigentlich der Idee des „Runden Tisches“ nicht gerecht.

Zudem: Damals haben wir zwar nur rein theoretisch ein Machtvakuum gehabt, aber doch ein faktisches. Es war ja alles wie gelähmt, keiner wagte, was zu sagen oder zu machen. Das bedeutet, dass plötzlich der „Runde Tisch“ in die Trägerrolle von Politik gedrängt wurde. Wir wissen, dass die Volkskammer das anfangs auch nicht

akzeptieren konnte. Die möchten uns am liebsten sofort wieder weggehakt haben, hieß es.

Und es dauerte, bis Modrow kapierte, dass der „Runde Tisch“ nicht mehr wegzurationalisieren ist. Er war schon ein Instrumentarium, dem man Macht – jetzt im positiven Sinne - zutraute, irgendetwas bewirken zu können. Dieses, glaube ich, entspricht heute nicht mehr den Forderungen nach irgendeinem „Runden Tisch“. Wir müssen wirklich schon ganz genau sagen, wo sind die Träger, die am „Runden Tisch“ mitmachen müssen und wie weit erlaubt es die Parteienpolitik, dass sie sich überhaupt darauf einlassen und nicht nur ein parteipolitisches Ding durchziehen müssen?

Das ist heute für mich die Frage an die Demokratie: Erlaubt man jemanden vom Establishment, überhaupt noch an einen „Runden Tisch“ zu gehen, der was zu sagen hat – so ungefähr wie früher? Erlaubt man wirklich einem führenden Marxisten, in einen echten theoretischen Dialog zu gehen mit – wegen mir - Theologen. Das müsste schwer erwogen und genehmigt werden. Das wollte ich damit sagen. Wir dürfen diesen Begriff „Runder Tisch“ nicht inflationär gebrauchen. Aber ich denke, für wichtige, nicht nur für Krisensituationen wäre es gut, ihn zu haben.

Heinz Kurtzbach:

Ich bin der Meinung, dass sich „Runde Tische“ oder auch – globaler, allgemeiner gesagt – diese Experimente nicht mit der Systematik einer parlamentarischen Parteiendemokratie in einer pluralistischen Gesellschaft vertragen. Dass unser Parteiensystem und unsere Parteiendemokratie zurzeit in einer Krise stecken, ist keine Frage. Das hat viele Ursachen und liegt unter anderem daran, dass die Parteien ihren verfassungsgemäßen Auftrag, an einer Willensbildung des Volkes mitzuwirken, ein wenig überinterpretieren, indem sie sich den Staat unter den Nagel gerissen haben. Da ist sicher einiges zu korrigieren.

Die Parteien laufen vor allen Dingen – und das ist viel bedenklicher und da komme ich gleich auf die neuen Länder zu sprechen – sehenden Auges in die Falle, aus der parlamentarischen eine Funktionärsdemokratie zu machen. Das kommt in der Verfassung, kommt im Grundgesetz nicht vor. Wie auch der Berufspolitiker, den wir inzwischen auch haben, im Grundgesetz nicht vorkommt. Das ist ein großes Problem.

Ich merke bei meiner täglichen Arbeit bei der MOZ – wir haben ja durchaus Rückkopplungen zu unserer Leserschaft -, dass es eine große Sehnsucht nach dem „Runden Tisch“ gibt. Gerade in den neuen Ländern haben es die Parteien – außer der PDS, die hier eine andere Ausgangsbasis hatte durch die Altorganisationen der SED – allein schon organisatorisch sehr schwer. In Brandenburg gibt es 2000 CDU-Mitglieder. Das ist ein Scherz. Jede westdeutsche Großstadt hat mehr.

Der „Runde Tisch“ hat eine bestimmte Mentalität hervorgebracht. Das ist ganz erstaunlich, so schnell entwickeln sich normalerweise keine Mentalitäten. Das mag ein Verdienst sein, in bestimmter Weise hemmt es aber auch. Die „Runde-Tisch“-Mentalität in den neuen Bundesländern hemmt die Parteiendemokratie, sich zu entwickeln. Die große Sehnsucht nach dem Konsens „Alle an einen Tisch, alle an einem Strick ziehen, alle in eine Richtung den Strick ziehen usw.“ verhindert, dass die Parteiendemokratie lebendig wird, indem um sich widerstreitende, sich gegenüber stehende Politikentwürfe politisch gestritten wird – und zwar politisch vernünftig.

Das wird diffamiert als Parteiengezänk und wird diffamiert als Machtstreben: „Die Politiker wollen ja alle nur die Macht.“ Da sage ich: Natürlich wollen sie alle nur die Macht. Sie wären dumm, wenn sie es nicht wollten. Denn nur, wenn sie die Macht haben, können sie ihre Politik auch durchsetzen. Ein Politiker, der von vornherein in

die Opposition will, der will Diäten abkassieren und sonst gar nichts. Ein Politiker muss an die Macht wollen, damit er seine Politik durchsetzen kann.

Und wenn mehrere Politikentwürfe mehrerer Parteien zur Diskussion stehen, ist das kein Parteiengezänk – dann ist das in der Tat ein politischer Streit. Und den brauchen wir in dieser Parteiendemokratie. Und die Mentalität der „Runden Tische“ steht dem absolut entgegen.

Die Frage ist außerdem: Wer legitimiert eigentlich die „Runden Tische“? Die „Runden Tische“ sind Ideenpotenzial und die „Runden Tische“ sind Kontrollgremium. Wer kontrolliert die Kontrolleure? Das Volk nicht, das ehrt die „Runden Tische“. Also das ist alles sehr, sehr widersprüchlich.

Ich sage Ihnen, die Parteiendemokratie, wie sie bei uns herrscht und wie sie bei uns teilweise jetzt nicht funktioniert, die müssen wir zum Funktionieren bringen! Oder irgendeiner hier erklärt mir ein besseres Staatssystem. Und es soll mir auch jemand erklären, wenn's denn ein „Runder Tisch“ sein soll, wie dieser „Runde Tisch“ administrativ in das Staatssystem eingebunden werden soll? Das soll mir mal einer erklären. Das geht nicht.

Martin Ziegler:

Ich möchte es Ihnen erklären: Erstens war es nicht das Zeichen des „Runden Tisches“, dass es nur Kompromisse gab. Sondern es gab Streitkultur, allerdings in einer guten Weise. Auch hatte der „Zentrale Runde Tisch“ keine Macht, etwas durchzusetzen - er hatte keine Exekutive -, sondern er musste immer den Weg gehen: Vorschlag an Volkskammer und Regierung.

Auf diesem Wege – so möchte ich erklären, wie das denkbar wäre – wenn erstens die parlamentarische Legislative funktionierte, könnte zweitens ganz offiziell und gesetzlich festgelegt werden, Zugangsstellen für Bürgerinitiativen oder solche einzurichtenden „Runden Tische“ zu schaffen. Das wäre mit der Verpflichtung verbunden, dass deren Vorschläge gehört und geprüft würden und dass ihnen für die Erarbeitung dieser Vorschläge von der Staatsbürokratie – darüber haben Sie noch nicht geredet – auch die nötigen Zulieferinformationen gemacht werden.

Ich habe nämlich meine Erfahrungen gemacht, so bei der Seniorenarbeit. Seit Jahren versuchen die Seniorenverbände, eine Stelle zu haben entweder in der Gemeindeordnung oder in der Hauptausschuss-Satzung, wo sie wenigstens gehört werden. Von jedem, der gewählt ist, so habe ich den Eindruck, heißt es nach der Stimmabgabe: „Nun seid mal still, jetzt machen wir am besten weiter.“

Statt nun Möglichkeiten zu schaffen, diese Ideen von außen aufzunehmen, wird das abgetan als – ja - bloßes Gerede und Spielerei, so wie die Parteien das bezeichnen. Da ist gar kein Bemühen da, in dieses parlamentarische Geschehen weitere Möglichkeiten einzuordnen der Bürgermitbeteiligung. Das kreide ich an.

Dagmar Enkelmann:

Ich hätte noch viele Fragen, aber jetzt haben Sie, das Publikum, die Gelegenheit, Fragen zu stellen, zu dem, über das wir gesprochen haben oder zu anderen Themen. Also nix wie ran.

Frage aus dem Publikum:

Trotz alledem, was hier an Skepsis erläutert worden ist, muss ich sagen: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Ein „Runder Tisch“ ist für mich Hoffnung und vor allem Hoffnung auf Toleranz. Das Wort ist hier noch nicht gefallen, aber bestimmt gemeint worden. Dass man sich gegenseitig achtet. So habe ich das damals auch verstanden. Ich bin immer

mit einem Kopfhörer zur Arbeit gegangen und habe mir den „Runden Tisch“ und die Dinge, die dort verlaufen sind, alle angehört.

Zur Frage, ob es einen „Runden Tisch“ heute oder wieder in der Zukunft geben soll, würde ich sagen: Es wäre nur ein Gewinn, wenn die Sachen weitergeführt würden. Wo könnte man sich besser unterhalten über die Wurzeln des Rechtsextremismus, über die Wurzeln der Arbeitslosigkeit, der Entsolidarisierung usw.

Ich bin extra aus Berlin gekommen. In Karlshorst gründet sich eine so genannte Plattform, neben dem Bürgerverein und allen anderen Dingen: Genau genommen ist diese wie ein „Runder Tisch“ für Karlshorst. Und wenn ein „Runder Tisch“ entstünde, warum nicht auch wieder mit der Kirche, wo doch ganz aktuell die Menschen, die Jugend, den Papst so begleitet haben? Man sieht doch jetzt, was das für eine Resonanz hat.

Ich sage das alles auch als PDS-Mitglied aus Berlin und zu Dagmar Enkelmann: Warum sollen wir in der PDS nicht auch einen „Runden Tisch“ machen, damit das wieder ein bisschen runder wird?

Frage aus dem Publikum:

Ich bin Erzieherin im Biesenthaler Kindergarten. Was mir so einfiel in der ganzen Zeit: Jeder sollte da anfangen, wo er ist - als Oma, als Opa, als Vater, als Mutter, wir als Erzieher. Das ist das Fundament bei den kleinen Kindern. Ich freue mich, dass Lobetal sich nach der Wende profiliert hat, Kinder aus anderen Ländern, behinderte Kinder aufzunehmen. Und ich fühle, da ist der Anfang - weil Rechtsradikalismus vorhin das Thema war - sich gegenseitig zu tolerieren. Wenn wir da richtig anfangen, wenn wir die Kinderzahl nicht im Verhältnis zu der der Erzieher immer weiter hoch setzen, wird abzuwarten sein, was passiert. Uns fehlt die Zeit fürs Kind.

Frage aus dem Publikum:

Ich bin auch aus Berlin gekommen, um mir diese Veranstaltung anzusehen. Was ich mir wünsche: Sie, Herr Kurtzbach, sagten, jeder, der ein Programm hat, zum Beispiel Parteien, ist bestrebt, an die Macht zu kommen, um sein Programm und seine Politik durchzusetzen.

Aber ich sage: Das ist wieder ein Parteienprogramm, eine Parteienpolitik. Ich wünsche mir – egal, wie das genannt wird, ob es ein „Runder Tisch“ oder ob es eine andere Regierung ist – dass die sich zusammensetzt aus Menschen, die eben in keinen Parteien vertreten sind. Und jede Partei und jede Seniorengruppe darf ihre Meinung einbringen. Und die wird dann zum Wohle der Menschen ausgeübt oder ausgelegt. So etwas würde jedem Volk viel besser bekommen als nur Parteienpolitik. Ich bin auch Mitglied der PDS und ich würde es als gut empfinden, wenn meine Gedanken da mit eingebracht würden. Da könnte man zu einem besseren Ergebnis und zu einem besseren Wohl der Menschheit kommen.

Frage aus dem Publikum:

Damit kein falscher Eindruck entsteht: Ich bin nicht Mitglied der PDS. Obwohl ich nicht Mitglied der PDS bin, bin ich sehr erstaunt über den Diskussionsbeitrag des Chefs der „Märkischen Oderzeitung“. Es fällt mir schwer, seinen Gedanken zu folgen, zumal er nach den Moderatoren gesprochen hat und nach den Ausführungen von Pastor Ziegler, der für meine Begriffe sehr einleuchtend war.

Es fällt mir auch schwer, jetzt dazu sehr sachlich Stellung zu nehmen, weil – Dagmar Enkelmann hat das richtig gesagt - man könnte hier stundenlang, vielleicht in kleinerem Kreis, sehr ausführlich und weit reichend diskutieren. Eine Bemerkung aber liegt mir auf dem Herzen: Wenn Sie, Herr Kurtzbach, sagten, dass doch gerade

der politische Streit in der parlamentarischen Demokratie ein Gewinn ist, muss man sich ansehen, wie dieser Streit geführt wird. Darin kann doch nicht der Sinn eines politischen Lebens und Vorankommens liegen in einer Zeit, die wir heute wieder als eine ernsthafte Krise bezeichnen müssen.

Es wurde von einer ernsthaften Krise gesprochen, als der „Runde Tisch“ zusammentrat in der damaligen DDR. Ich bin der Meinung: Wir haben im heutigen Deutschland eine enorme Krise. Aus dieser Krise einen Weg zu finden, herauszukommen, das sollte unser aller Anliegen sein und auch vor allem das Anliegen einer so wesentlichen Zeitung wie der Märkischen Oderzeitung.

Da muss man natürlich auch nach einem Weg suchen. Sie haben die Frage gestellt, es soll Ihnen doch mal jemand erklären, wie das langgeht. Man kann doch nicht aus dem Bauch heraus hier einen Entwurf für so eine neue politische – ich möchte beinahe sagen: ideologische – Richtung schaffen, wie das Leben im Staate vielleicht einmal ganz anders entwickelt werden könnte. Aber die jetzige parlamentarische Demokratie, die uns vorgeführt wird, entbehrt doch jeder Grundlage einer Hoffnung auf eine noch mal positive Entwicklung.

Frage aus dem Publikum:

Ich möchte an Dr. Wolfgang Ullmann erinnern, der schon nach der Vereinigung Deutschlands sehr stark im Bundestag dafür gekämpft hat, eine gemeinsame Verfassungsdiskussion durchzuführen und eine gemeinsame deutsche neue Verfassung zu schaffen. Dort waren ganz deutlich auch Elemente der Bürgerdemokratie mit verankert, eines plebiszitären Ansatzes. Das konnte leider nicht durchgesetzt werden. Schon zur Wende war auch in der alten Bundesrepublik klar, dass die Parteiendemokratie, die repräsentative Demokratie sich in der Klemme befand. Und damals schon gab es aus den Erfahrungen des „Runden Tisches“ heraus sehr starke Kräfte, um das bürgerliche Element, die Bürgerdemokratie in der neuen Verfassung zu verankern. Vielleicht sollte man diese Ansätze in der jetzigen Zeit wieder aufnehmen.

Ich muss ganz ehrlich an den Herrn Chefredakteur sagen: Ich habe arge Zweifel daran, dass die Politiker heute wirklich an einer echten Sachpolitik interessiert sind. Wissen Sie, wir leben jetzt 15 Jahre hier. Wenn ich die Diskussion verfolge über das, was die führenden Parteien schon an Rezepten verkündet haben, um die Arbeitslosigkeit zu senken, muss ich doch sagen: Uns werden doch die Taschen voll gelogen. Sie, die Parteien, wissen doch ganz genau, dass es keine Vollbeschäftigung mehr geben wird. Und so sollte man ganz konkrete Konzepte finden, wie diese neue Situation unter Beteiligung aller bewältigt werden kann.

Frage aus dem Publikum:

Der Kern der Sache bei den „Runden Tischen“ ist das gemeinsame Wirken für allgemeine Interessen. Damit im Zusammenhang sehe ich in unserer heutigen Wirklichkeit die Tatsache, dass Pisa-Niveau – es ist klar, was gemeint ist? - nicht nur in der allgemeinen Schulbildung besteht, sondern leider auch in der Handhabung der gesetzlichen Möglichkeiten, die bei uns vorhanden sind. Auch da haben wir Pisa-Niveau.

Heute schon ist es möglich, dass regelmäßige Einwohnerversammlungen der Gemeinden mit den Bürgern stattfinden müssen, um über alle wichtigen Dinge ordentlich zu informieren. Es ist auch heute gesetzlich geregelt, dass diejenigen, die in die Gemeindevertretungen gewählt wurden, verpflichtet sind, den Bürgern zu helfen bei ihren Anträgen, bei ihren Initiativen, bei ihrem öffentlichen Wirken usw. Es gibt auch heute die Möglichkeit, ganz konkret Bürgeranträge zu stellen, die letzten Endes die Tagesordnung für die Gemeindevertretung bestimmen. Das kann auch jede

Fraktion einzeln machen. Oder es gibt auch die Vorschrift, dass Abgeordnete nicht mit abstimmen dürfen – in ihrer Gemeindevertretung meinetwegen – wenn es dabei um Dinge geht, wo sie persönlich Vor- oder Nachteile haben.

Also es gibt eine Masse von Dingen, mit denen der Geist des „Runden Tisches“ auch heute umzusetzen wären. Ein kleines Beispiel: Für Projekte wie Straßen- oder auch Abwasserbau ist es Gesetz, dass das Projekt von unabhängigen Gutachtern beurteilt werden muss, deren Urteil öffentlich diskutiert werden muss und dass dabei Prioritäten wie Sozialverträglichkeit usw. gelten.

Die Beispiele könnte man jetzt noch ausbauen. Ich meine: Der Geist des „Runden Tisches“ passt zu all diesen Regelungen, die eigentlich formal bestehen. Aber dann muss ich betonen, was heute deutlich wurde: Dieser „Geist des Runden Tisches“ wird überall, wo er auftaucht, um das durchzusetzen, was eigentlich laut Gesetz möglich ist, in vielen, vielen Fällen wirklich getötet. Das kam mehrfach zum Ausdruck.

Ein Weg, um in dieser Hinsicht einen Schritt vorwärts zu kommen, wäre - auch von so einer Runde ausgehend, wie wir sie hier haben - umfassende, gründliche und allgemeinverständliche, politische Bildung unserer Bürger. Um klar zu machen, was ihnen eigentlich formal an Möglichkeiten gegeben ist, aber durch die Praxis oft vorenthalten wird.

Frage aus dem Publikum:

Besonders dem, was sie, Herr Pastor Ziegler, hier dargestellt haben, kann ich mich sehr weit annähern. So viele Befindlichkeiten, schwierige Befindlichkeiten stellen sich in unserer Bevölkerung, das ist hier sehr deutlich geworden. Wenn ich an die Arbeitslosigkeit denke, an das Lehrstellenproblem - es zeigt sich jetzt, dass trotz aller Vereinbarungen mit der Wirtschaft die Lehrstellen nicht gekommen sind.

Ich war zur Ausbildungsbörse gestern in Bernau. Es sieht schlimm aus. Was das für die jungen Menschen bedeutet, für die der Berufsstart ein Fehlstart fürs Leben ist. Das kann sich jeder vorstellen. Und die Gesundheitsreform! Und jetzt donnert die Presse schon wieder heraus: neue Rentenkürzungen nächstes Jahr. Ganz bitter! Die Rentner haben schon soviel eingebracht im Rahmen der Gesundheitsreform.

Das sind wirklich Themen, wenn ich in eine öffentliche Sitzung – und ich gehe in solche Sitzungen von örtlichen, lokalen Parlamenten - gehe, die dort nicht genügend zur Wirkung kommen, das wird nicht genügend wahr genommen. Es wird teilweise ein Streit über Themen geführt, wo ich mir sage, „Mensch, die Leute haben Sorgen auf der Straße!“ Warum spiegelt sich das in einem gewählten Parlament nicht genügend wieder.

Aus dieser Überlegung heraus wäre ich für andere plebiszitäre Elemente, wie das so schön heißt. Ob das nun Bürgerforen sind - es muss ja nicht unbedingt „Runder Tisch“ heißen. Wo die einfachen Menschen, die nicht Funktionsträger einer Partei sind, ihre Problematik verbindlich in das Parlament einbringen können. Da reicht eine Bürgersprechstunde, an der ich auch oft teilgenommen habe, bei weitem nicht aus. Dort bekommt man drei Minuten das Wort, und es hat überhaupt keine Verbindlichkeit. Es wird vielleicht noch ins Protokoll geschrieben. Das ist alles. So läuft das aber.

Aus diesen Überlegungen heraus wäre ich dafür, dass sich solche Foren zusammenfinden mit einem größeren Grad an Verbindlichkeit, Druck auch auszuüben auf die gewählten Parlamente. Ein „Runder Tisch“, das ist mir völlig klar, kann kein zweites Parlament sein. Wir bräuchten keine Parlamente wählen, wenn wir weitere Entscheidungsorgane etablieren wollten. Das würde nie funktionieren, aber

Foren im Sinne von Einbringen von Bürgermeinung in die gewählten Parlamente mit größerer Verbindlichkeit brauchen wir. Nicht dass man erst 65 000 Unterschriften sammeln muss, um überhaupt in den Landtag mit einer Idee hineinzukommen.

Frage aus dem Publikum:

Ich bin eigentlich aus einem puren Zufall in diese Veranstaltung gekommen. Ich möchte als allererstes den drei Herren außerordentlich danken, nicht nur für das, was sie damals an diesem „Runden Tisch“ geleistet haben, sondern eigentlich dafür, dass sie so ein bisschen für mich Hoffnungsträger sind. Sie haben eine Form gefunden, über ihre Individualitäten – sie brachten ja zum Ausdruck, sie sind nicht als Vertreter der Institution gekommen, sie haben nicht die Politik der Kirche vertreten, sondern sie sind als Vertrauensperson gewählt worden – an diesem Tisch teilzunehmen. Und da ist für mich irgendwo Hoffnung. Hoffnung in der Hinsicht, dass ich mir sage: Nach alledem, was sie geäußert haben, ging es eigentlich nicht um Fragen, sondern für mich kam hier eine tiefe Sorge zum Ausdruck, so eine Unruhe in dem Sinne: „So ein Mist, dass es eigentlich bei uns eine solche Situation gibt, wie es sie heute gibt. Und gibt es nicht irgendwo eine Form, diese Situation wieder positiv aufzuheben?“

Und wenn ich das alles höre - ich höre das jeden Tag bei mir. Ich habe als freier Unternehmer hier im Barnim eine Einrichtung, zu der jeden Tag 100 Kinder kommen. Zu den Kindern gehören auch Erzieher, Lehrer. Mit ihnen sitzen wir jeden Abend zusammen und reden darüber, worin unsere Sorgen bestehen, und ich stelle dort fest: Dass es eine enorme Übereinkunft gibt. Es gibt eine enorme Übereinkunft der Sorge, es gibt auch eine enorme Übereinkunft in der Frage, sind wir ehrlich genug zu uns? Nicht immer gilt es, eine Frage woandershin zu transportieren. Sind wir auch ehrlich uns gegenüber? Gegenüber unseren möglichen Verzichten, gegenüber unseren bisherigen Privilegien, die wir hatten; auch Privilegien in der Zeit, wo man sich das vielleicht leisten konnte, aber heute kann man es sich nicht mehr leisten.

All diese Fragen sind hier ein bisschen mit aufgetaucht - durch diese drei Herren. Und mit diesen Fragen habe ich wieder die Hoffnung, dass man wieder herausgeht - auf Arbeit oder in sein entsprechendes Umfeld -, um dort eine Form zu finden, wo man diese Kraft, die ja da ist, diese politische Kraft, in ein positives Ergebnis umwandelt. Ob das auf der Ebene ist, dass die gewählten Menschen in die Parlamente kommen oder es andere Formen gibt, die „Runder Tisch“ heißen oder Bürgerforen – das kann ich alles nicht beantworten. Aber es wird Zeit, dass irgendetwas ganz, ganz schnell in der Gemeinschaft all der Menschen hier passiert. Passiert das nicht, verlieren wir alle viel Zeit.

Heinz Kurtzbach:

Es obliegt natürlich unseren Gästen, den Moderatoren des „Runden Tisches“, die Worte zum Schluss unserer Runde hier zu finden. Aber ich möchte doch noch einmal einiges dazu sagen, weil mein Beitrag offensichtlich doch ein wenig für Unruhe gesorgt hat. Vielleicht bin ich da nicht ganz verstanden worden.

Ich bin schon der Meinung, dass die Bürger – und zwar mehr, viel mehr Bürger als bisher – sich politisch beteiligen sollen. Ich bin allerdings der Meinung, dass es effektiver und auch dem System der parlamentarischen Demokratie angemessener ist, dieses Mitwirken an der politischen Willensbildung in den Parteien zu tun. Es ist eine Katastrophe, dass die Parteien – ob das die CDU ist oder die SPD oder die FDP oder die Grünen sind, die PDS ist hier gut getragen in den neuen Bundesländern – kaum Mitglieder haben, dass sie im eigenen Saft kochen. Das ist ein Unglück. Die politische Diskussion muss, soll und kann vor allen Dingen in den politischen Parteien stattfinden. Dann wären diese politischen Parteien auch lebendiger. Erstens.

Zweitens: Ich kenne natürlich aus meiner eigenen Geschichte und Erfahrung den Weg einer Bürgerinitiative, die sich vergrößert hat, die dann außerparlamentarische Opposition wurde aus eigenem Verständnis heraus und die inzwischen regiert. Das sind die Grünen. Die Grünen haben sich das gar nicht leicht gemacht, ob sie Regierungspartei werden sollten. Das heißt also, um dieses Wort von mir aufzugreifen, ob sie an die Macht sollen? Sie haben erkannt, dass sie an die Macht müssen, wenn sie ihre Ideale, ihre grünen Ideale, in praktische Politik umsetzen wollen. Wenn sie Windkraftanlagen haben wollen, wenn sie die Atomkraftwerke abgesperrt sehen wollen, dann müssen sie in die Regierung. Das haben sie erkannt in einem sehr schmerzhaften Prozess. Also diffamiere mir in einem solchen System wirklich niemand das Streben nach Macht. Das ist falsch.

Was ich nicht gut finde, ist, wenn über die jetzt handelnden politischen Parteien – Frau Enkelmann, sie sind auch Mitglied einer handelnden Partei und auch Mitglied einer Partei, die nicht nur in den Parlamenten arbeitet, sondern auch in Regierungen – gesagt wird, sie seien nicht dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie fühlen sich dem Gemeinwohl verpflichtet. Wenn irgendeiner den handelnden Parteien ein Rezept geben könnte, wie die Arbeitslosigkeit zu beseitigen wäre, wäre sie morgen beseitigt. Sage mir niemand, dass sich die Parteien darum keine Sorgen machen.

Mir ist das auch klar: 1989 sind die Leute nicht auf die Straße gegangen, damit sie 1995 oder 2005 arbeitslos sind. Natürlich nicht. Alles, was mit dem Krebsgeschwür Arbeitslosigkeit verbunden ist, ist auch das, was die Misere im Moment in diesem System ausmacht. Aber spreche niemand den Parteien den Willen ab, dieses zu ändern.

Dagmar Enkelmann:

Herr Kurtzbach, mich reizt es ungemein, - und wenn Sie jetzt „Ja“ sagen, machen wir das – Sie zu meinen nächsten „Offenen Worten“ einzuladen. Nur wir beide würden debattieren, ich würde Sie so richtig in die Mangel nehmen. Wir vereinbaren einen Termin, und Sie kommen nach Bernau, und wir machen „Offene Worte“ über die Fragen, über die wir jetzt gesprochen haben und vielleicht auch über die „Märkische Oderzeitung.“ Auch das könnte ein spannendes Thema werden.

Aber ich würde jetzt gern noch einmal den drei Moderatoren des „Zentralen Runden Tisches“ das Wort geben zum Schlusswort in der heutigen Runde.

Karl Heinz Ducke:

Sie merken ja schon an den Reaktionen, wenn wir vom „Runden Tisch“ erzählen. Ein Geist wurde beschworen...

Erstens: Ich fühle in all solchen Diskussionen immer ein allgemeines Defizit, dass man den Menschen ernst nimmt. Das ist für mich der Knackpunkt. Und vielleicht war der „Runde Tisch“ so ein bisschen – wenn das Wort nicht zu groß gefasst ist – eine Sternstunde, wo die Menschen in einer Situation, wo sie nichts zu sagen hatten, ernst genommen wurden. Obwohl sie ja nicht vertreten waren. Sie hatten uns ja auch nicht gewählt, wir drei hatten nicht einmal eine Legitimation, wir hatten nur zu ordnen. Unsere Aufgabe bestand doch darin, Worte zu finden, in denen sich die Menschen wiederfanden.

Ich könnte mir - um das auch gleich zusagen – einen „Runden Tisch“ vorstellen, wo wirklich mal über die Gesellschaft - ich will nicht sagen: über Gesellschaftsmodelle - diskutiert wird. Dass das fehlt, scheint mir das Grundübel zu sein. Parteien haben Interessen zu vertreten – da stimme ich Ihnen übrigens vollkommen zu -, die müssen im Alltagsgeschäft Politik machen.

Ich habe noch einen guten Kommunalpolitiker, den früheren Oberbürgermeister von Magdeburg, in Erinnerung. Der sagte zu mir: „Also passen Sie auf, Herr Ducke, damit das klar ist, es gibt die Eingabe von da und da und da. Alle sind sich einig: Gut, so ein Stadtviertel braucht die Anbindung an die Straßenbahn – aber nicht in unserer Straße und nicht vor meiner Haustür.“ Das fordert Streit heraus und den darf man nicht scheuen.

Außerdem muss ich auch möglichen Idealisierungen vorbeugen. Der Konsens, die gemeinsame Abstimmung, am „Runden Tisch“ war nicht unbedingt das, was die Bevölkerung wollte. Wir haben es an vielen Dingen gemerkt. Wenn ich an die Diskussionen denke über die Streichung von Subventionen. Da bekamen wir Zettel zugereicht: „Sie erinnern sich, es beginnen Hamsterkäufe“. Jetzt konnten wir das damals ja öffentlich nicht sagen, aber ich kann mich noch erinnern ans Treffen mit dem Staatssekretär. Dessen Reaktion: „Schauen Sie mal bitte auf die Uhr. Es ist 16 Uhr, da haben die Geschäfte offen. Wollen Sie Mehl und Zucker verteuern?“

Das war nicht der Konsens, es gab auch Missbehagen. Wir hatten so einen Stapel Fernschreiben aus Greifswald, als die Diskussion über die Schließung des Kernkraftwerkes Lubmin da oben ging. „Wir kommen mit 20 000 Arbeitern angeströmt und weh, ihr beschließt so was“. Verstehen Sie? Aber das ist auszuhalten. Dafür sehe ich Parlament.

Aber vielleicht fehlt uns im Moment im Alltagsgeschäft tatsächlich so etwas wie eine Plattform, eine Dialogform, wo wir ungeschützt von Machbarkeiten über unser Gesellschaftsmodell oder eben den Stellenwert des Menschen in der Gesellschaft nachdenken können. Das wäre heute auch das Fazit, das ich mitnehme.

Martin Ziegler:

Ich will mich jetzt inhaltlich nicht mehr äußern, will nur sagen: Ich hatte mir schon vorher eigentlich geschworen: Über den „Runden Tisch“ und all das redest du nirgends mehr. Das hat keinen Zweck. Ein bisschen gewandelt gehe ich aus dieser Versammlung, weil sich zeigt: Offensichtlich sind Fragen da, die man doch noch weiter bereden und besprechen sollte. Und dann könnte man ja so ein Forum haben, was hier gerade vorgeschlagen wurde.

Martin Lange:

Für mich gehört zu den bleibenden Eindrücken der Zeit am „Runden Tisch“, dass Politik wieder menschliche Gesichter bekommen hat. Die Leute, die am „Runden Tisch“ saßen, die mit Kompetenz und mit Engagement die Probleme lösen wollten, die haben es mir leicht gemacht, auch mit schwierigen Fragen umzugehen.

Es ist in der Tat so, wie Dr. Ducke eben sagte, wir haben am „Runden Tisch“ miteinander gelernt, dass man nicht nur den Regierenden nach dem Mund reden kann, aber dass man oft auch den Regierten nicht nach dem Herzen reden kann. Es muss manches Unbequeme in Kauf genommen werden.

Was aber eindrücklich bleibt, war der respektvolle Umgang miteinander. Dass man sich gegenseitig geachtet hat.

Vor allem hat man sich erst einmal wahrgenommen. Die Gruppierungen mussten ja die etablierten Genossen und anderen Parteien wahrnehmen, und sie haben sie wahr und ernst genommen. Und das Überraschende ist geschehen: Man hat nicht parteipolitisch entschieden, sondern bei bestimmten Entscheidungen gingen die Meinungen quer durch, da konnte auch Gysi mit Leuten auf der anderen Seite stimmen. Es ist, denke ich, auch wichtig, dass man das in Erinnerung behält: Es geht

nicht nur um scharfe Abgrenzung, sondern es geht um sachliche Fragen, die wir miteinander entscheiden müssen.

Und lassen Sie mich noch ein Letztes sagen, was mir wichtig ist: Wir sitzen, das haben sie ja schon gemerkt, nicht als Politiker hier. Wir sitzen als normale Christenmenschen hier und haben eigentlich in dieser Zeit des „Runden Tisches“ entdeckt: „Wo wir uns als Kirche nicht nur ständig mit uns selber beschäftigen, da werden wir für andere gebraucht und können vielleicht dazu beitragen, dass etwas moderiert wird.“

Ich könnte mir vorstellen, dass das nicht nur für Kirchen gilt. Wenn man sich selbst nicht so sehr in den Vordergrund stellt und sich nicht nur mit sich selbst beschäftigt, kann man auch hilfreich für andere werden.

Dagmar Enkelmann:

Nun bleibt mir nur noch – ich denke, auch im Namen von Herrn Kurtzbach – , ganz herzlich Dank zu sagen. Schade, dass die Zeit schon um ist. Vielleicht hätten wir noch länger diskutieren können.

Es war ein Rückblick auf 15 Jahre „Zentraler Runder Tisch“, aber es war nicht nur der Rückblick auf diese 15 Jahre - Was war da vor 15 Jahren? -, sondern es war auch ein Stück Ausblick: Was könnte möglicherweise einmal sein? Darüber sollten wir weiter diskutieren. Wie schaffen wir es tatsächlich, auch zu einem anderen politischen Klima zu kommen?

Sie haben vorhin beklagt, Herr Lange, dass sich immer weniger Menschen an den Wahlen beteiligen, dass sich immer weniger einbringen in diese Debatte. Das merken wir in der Stadtverordnetenversammlung in Bernau ja auch: Leider sind es sehr wenige Bürgerinnen und Bürger, die sich mit einbringen. Kollege Findeis stimmt mir sicher zu. Er wünscht sich auch manchmal mehr Bürgerinnen und Bürger in den Beratungen, im Ortsbeirat oder in der Stadtverordnetenversammlung.

Insofern danke ich auch herzlich für die Anregungen, die Sie mir heute für die Gegenwart gegeben haben. Ich denke, wir werden noch lange in der Diskussion bleiben.

Ganz herzlichen Dank an sie drei, dass Sie heute hier waren und dass Sie uns einen sehr angenehmen, ergebnisreichen und auch einen Nachmittag mit vielen neuen Erfahrungen vermittelt haben.

Pastor Dr. Johannes Feldmann:

Jetzt habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Ihnen zu danken, Frau Enkelmann. Es gibt bestimmt Veranstaltungen, da leidet man als Gastgeber unsagbar, weil man nämlich nicht mitreden darf – in ganz tiefem Sinne.

Nun möchte ich gern den Bogen schließen zum Anfang. „Glaub-Würdig“ – ich kannte zwei der drei Brüder vorher schon, Monsignore Ducke habe ich jetzt erst kennen gelernt.

Eins ist mir deutlich geworden. Ich bin dankbar für das Geschenk der Deutschen Einheit. Dass in diesem Augenblick, in dem sich in gewisser Weise das Schicksal der DDR entschied, Gott – ich bin fromm - drei Männer, drei Menschen gesandt hat, die glaubwürdig gehandelt haben. Das ist heute noch einmal ganz deutlich geworden. Glaubwürdigkeit ist das A und O und ist ein Geschenk. Und ich wünsche, dass wir glaubwürdig leben können.